

Genf geschrieben: „Man konnte keinen Hottentotten zum Nationalsozialisten machen, weil man ihm unmöglich von dieser wirren Theorie des ‚Herrenvolkes‘ überzeugen konnte. Aber man kann ihn im Handumdrehen zum Kommunisten machen.“ Begeistert ruft Grotewohl: „Ja, wohl, man kann einen Hottentotten sofort zum Kommunisten machen. Aber nicht weil er Hottentotte ist, sondern weil die marxistische Lehre die lebensvolle Verbrüderung aller unterdrückten Völker bedeutet.“

Für Pieck und Grotewohl gibt es Nelkensträuße. Die SED-Bildberichterstatte überstürzen sich.

Die Wahl geht ohne Schwierigkeiten vor sich. Per Akklamation mit minutenlangem Beifall überschüttet, werden Pieck und Grotewohl wiedergewählt. Auch Oberst Tulpanow in seiner Ehrenloge erhebt sich zu ihren Ehren.

## Verfolgte ohne KZ-Schein

### Warnung vor Antisemitismus

Wer noch einmal eine jüdische Schwester oder einen jüdischen Bruder angreift, greift uns an, die wir das Ehrenkleid der KZ-Gefangenen getragen haben.“ Der diese Worte in Hannover sprach, war der Propst von Berlin, Heinrich Grüber, der unerschrockene Kämpfer gegen Rassenwahn und Schutzpatron der nichtarischen Christen unter Hitler. Sämtliche Gemeinschaften der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen und der Christlichen Hilfsstellen für rassisch Verfolgte nichtjüdischen Glaubens hatten zu einer Tagung Vertreter geschickt.

Der 56jährige Beirat für evangelische kirchliche Angelegenheiten beim Berliner Magistrat war als Pfarrer von Berlin-Kaulsdorf und Leiter der Hilfsstelle für die evangelischen Nichtarier verhaftet worden. Von 1940—1943 war er im KZ. Grüber erinnerte an die einzigartige Kameradschaft von Dachau und Sachsenhausen und warnte vor dem sich erneut ausbreitenden Antisemitismus.

Er ist der Präsident der Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung für die durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen. Sie ist keine Konkurrenz der KZ-Ausschüsse oder der VVN. Nach dem Zusammenbruch wurde sie notwendig, weil die KZ-Ausschüsse nur solche Personen betreuen, die tatsächlich inhaftiert waren. Die weit aus größere Zahl der Ueberlebenden war zwar nicht inhaftiert, aber dauernden Drangsalierungen ausgesetzt. Als „Nichtarier, Mischlinge, Halb- und Vierteljuden“ verloren sie ihre Stellungen, ihre Fabriken und Betriebe wurden geschlossen, sie konnten nicht studieren und landeten häufig in den berüchtigten Todslagern.

Die „Notgemeinschaft Hamburg“ ist mit 14 000 Mitgliedern die älteste Organisation dieser Art. Sie wird vom Kontrollrat anerkannt.

Die Hauptaufgabe dieser Gemeinschaften ist die Durchsetzung des Rechts auf Wiedergutmachung. Ihre Mitglieder sollen Lebensmittelzulagen wie die ehemaligen KZ-ler bekommen (die sie noch nicht kriegen), es werden Auswanderungsmöglichkeiten gesucht und Lebensmittel-, Kleider- und Medikamentenspenden des Auslands verteilt. Die katholischen amerikanischen Bischöfe haben bereits beträchtliche Mengen Pakete geschickt, allerdings nur für Katholiken.

Als weiterer Erfolg wird verhucht, daß nun auch Wohnraum an rassisch Verfolgte bevorzugt zugeteilt werden muß. Auch um die Freilassung von rassisch-



„In dieser historischen Stunde . . .“ Einheits-Parteitags-Eröffnung

verfolgten Kriegsgefangenen aus englischer, französischer und neuerdings russischer Kriegsgefangenschaft hat sich die Gemeinschaft verdient gemacht. Die Ministerien aller Länder beider Zonen haben bei den Besatzungsmächten für eine offizielle Gleichstellung der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen mit den übrigen Opfern des Faschismus plädiert.

rheinland-pfälzischen Landtag wählte. Es waren die Köpfe des „Christlichen Heimatbundes“. Sein Leiter, der 48jährige Schullehrer Karl Rässler, ein 1933er Pj und Sozialdemokrat, war gerade im Gespräch mit einem jungen lebhaften Mann versunken, der vor der Tür sein kleines Auto mit viel Sprit und zwei jungen Damen abgestellt hatte.

## Keiner muß wählen

### Jeder darf mitspielen

Im Wirtshaus des Gastwirts Emmerich, eines 51jährigen Junggesellen und stadtbekanntesten Saarburger Originals, saßen ein paar Männer um einen Tisch herum. Sie warteten auf die Wahlergebnisse des Kreises Saarburg, der seinen Kreistag und einen Abgeordneten für den

„Müller“, hatte der junge Mann sich vorgestellt und dann geheimnisvoll flüsternd hinzugefügt, er heiße eigentlich gar nicht Müller, aber seinen richtigen Namen könne er leider nicht verraten. Nein, aus Saarburg sei er nicht, sondern aus dem Saargebiet, sagte er auf eine diesbezügliche Frage, die vor dem 8. Juni überflüssig gewesen wäre; denn bis zu diesem Zeitpunkt war der Kreis Saarburg ein Teil des Saargebietes.

Die Franzosen hatten ihn gleich nach der deutschen Kapitulation dazugeschlagen. Am 8. Juni wurde er dann wieder an Rheinland-Pfalz zurückgegeben. Der junge Mann, der sich Müller nannte, war aus dem Saargebiet herübergekommen, um die zu besuchen, die mit dieser Rückgliederung nicht einverstanden waren und darum den „Christlichen Heimatbund“ (Parole: „Heim zur Saar“) gegründet hatten.

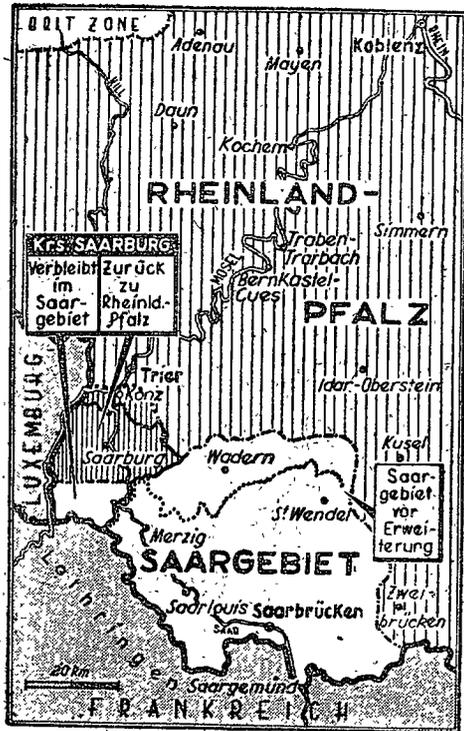
Viele behaupteten, sie hätten das weniger aus saarländischer Gesinnung getan; als der höheren Saar-Lebensmittelrationen wegen. Der „Christliche Heimatbund“ hatte besonders aus Normalverbraucherkreisen regen Zulauf; wenn er in der Stadt Saarburg oder in der großen Gemeinde Konz Volksversammlungen veranstaltete. Der junge Mann namens Müller organisierte einige.

Die Regierung von Rheinland-Pfalz in Koblenz wollte ihren neuen Kreis eigentlich schon am 27. Juli seinen Landtagsabgeordneten wählen lassen. Aber sie bremste ab, weil sie einen Wahlboykott des CHB fürchtete.

Sie hatte recht mit ihrer Befürchtung. „Wahlrecht ist nicht Wahlpflicht! Keiner muß wählen, und jeder kann in dem Wahltheater mitspielen! Er kann ungültig wählen, indem er den Stimmzettel ganz durchkreuzt“, hieß es auf den Flugblättern des CHB, die jetzt den ganzen Kreis überschwemmten. Keine der deut-



Der KZ-Propst  
Berlins Heinrich Grüber



ausschreibt, daß binnen absehbarer Zeit der Ehrliche erdrückt werden muß, so bedeutet das eine künstliche Hochzucht von Schiebern."

„Ich bin bemüht, durch sachliche Kritik und Vorschläge Einfluß auf die Ausführungsbestimmungen zu den Steuergesetzen zu nehmen. Gelegentlich haben wir auch schon Erfolg gehabt. Nach langem Kampf wurde zum Beispiel das „soziale Sicherheitsventil im alten deutschen Einkommensteuergesetz“, der berühmte § 33, im April dieses Jahres wieder in Kraft gesetzt. Dieser Paragraph besagt, daß Leute, die durch unvorhergesehene Ausgaben finanziell stark belastet wurden, eine steuerliche Vergünstigung erlangen können.“

„Wir haben leider nicht den Eindruck, daß die deutschen Berater der Kontrollkommission vom Fach sind. Wir merken so etwas gleich, wenn die Leute unsere Fachausdrücke nicht richtig anzuwenden verstehen.“ Dr. Krufft hatte vor einigen Monaten eine Denkschrift über die viel zu hohen Steuern verfaßt, die aber nicht veröffentlicht werden durfte. Nach seinen bisherigen Erfahrungen glaubt er nicht an eine baldige Senkung der Steuern. „Das würde die einmütige Beschlußfassung der vier Alliierten erfordern, und die sind sich leider nicht einmal über die Organisation der deutschen Finanzverwaltung einig.“

So gibt es z. B. in der amerikanischen Zone keine Leitstelle. Dort sind die Oberfinanzpräsidenten den Finanzministerien der Länder unterstellt, die in der Britenzone keinen Einfluß auf die Finanzverwaltung haben. Dafür hat aber die Hamburger Finanzleitstelle keinen Einfluß auf die Ausgabenseite des Zonenetats. Das ist Anlegenheit des zonalen Haushaltsamtes.

Bei den Franzosen ist es ähnlich wie in der amerikanischen Zone. Die Russen dagegen haben für ihre Zone in Berlin eine Zentralfinanzverwaltung geschaffen, für den russischen Sektor Berlins wurde eine Generalsteuereinspektion eingerichtet.

Im Bizonalen Exekutivrat ist ein alter Steuerfuchs, Ministerialdirektor Dr. Hartmann, Leiter der Hauptabteilung Finanzen. Er soll zukünftig die Finanzlegislative für die Bizone haben.

Präsident Krufft, der 1937 Pö. wurde, „um so besser seinen Kampf gegen Hitler führen zu können“, hat viel von der Welt gesehen. Fast zwei Jahre war er in Ostasien, vor allem in den Sumpfgebieten Indochinas. Südafrika und Spanisch-Marokko, dem Balkan und der Sowjet-Union stattete er ausgedehnte Besuche ab und sah dort mehr, als er sehen sollte. Einen Teil dieser Reisen unternahm er mit seinem Fischkutter „Seehund“, auf dem der Film „Abel mit der Mundharmonika“ gedreht wurde. Krufft reiste damals als Privatmann und arbeitete für seine volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen.

Im „Dritten Reich“ wurde er Regierungsdirektor und kam als Vertreter des Reichsinteresses nach der Kriegsschädenverordnung zur Feststellungsbehörde Hamburg, zur Wasserstraßendirektion Hamburg und zum Kriegsschädenamt für die Seeschifffahrt. 1946 machten ihn die Engländer zum Präsidenten der Finanzleitstelle Hamburg und damit zum Vorgesetzten der sechs Oberfinanzpräsidenten der britischen Zone.

Ein Steckenpferd von ihm ist der Steuer- und Zollfahndungsdienst. Dabei interessiert ihn freilich weniger die kriminelle Seite als die Abgabenhinterziehungen, die mit jedem Schwarzmarktgeschäft verknüpft sind.

„Pecunia non olet — Geld stinkt nicht. Wenn der Schwarzhändler über seine



Überdrehte Steuerschraube  
Wilhelm Krufft will zurückdrehen

schon Parteien konnte gegen diese aufgewandten Papiermengen konkurrieren. Das ganze Land werde solidarisch die Not des Kreises tragen helfen, war das einzige, was Ministerpräsident Peter Aktmeier in Saarburg und Konz zur Wahl versprach.

67 Prozent der Wahlberechtigten haben gewählt. Die CDU hat mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Ferner liefen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die Männer des CHB waren zufrieden. 32 Prozent hätten überhaupt nicht gewählt, rechneten sie, und 19 Prozent der Stimmen seien ungültig. Das mache 51 Prozent für den „Christlichen Heimatbund“. Es gab enorme Siegesfeiern. Die deutschen Parteien meinten, Wahlmüdigkeit gebe es überall, nicht nur in Deutschland, und die Rechnung des CHB sei milchmädchenhaft.

## Steuermann gegen den Strom

Auslese von Schiebern

Während Wilhelm Krufft, der Präsident der Finanzleitstelle der britischen Zone in Hamburg seinem zonalen Kollegen Wilhelm Kisselbach vom Zentraljustizamt seine Glückwünsche zum 80. Geburtstag aussprach, wurde Kruffts Amtszimmer am Rödingsmarkt in Hamburg gerade ausgeräumt. Dr. Krufft zog in das Haus der Militärregierung an der Esplanade 6 um.

Dort hat Mr. Flint von der Zonal Tax Administration, Finance Division, sein Office. Mr. Flint ist die höchste Instanz der britischen Militärregierung für die deutsche Finanzverwaltung in der britischen Zone und die Finanzleitstelle das ausführende Organ für die Kontrollratsgesetze.

„Uns ist jede eigene Finanz- und Steuerpolitik von der Kontrollkommission untersagt“, sagt Dr. Krufft, der als Sohn eines Ruhrindustriellen zwischen Schornsteinen und Maschinen in Hattingen an der Ruhr geboren wurde. Der heute 60jährige Volljurist und Reichstagsabgeordnete der Weimarer Republik bedauert, daß die Deutschen beim Zustandekommen dieser Kontrollratsgesetze nicht gehört wurden. Dr. Krufft erinnert an die Worte Helfferichs: „Wenn ein Staat Steuern in einer Höhe

schwarzen Geschäfte Buch führt und seine Steuern richtig bezahlt, sind wir nicht verpflichtet, Strafanzeige zu erstatten.“ Dennoch kann auch im öffentlichen Interesse das Steuergeheimnis gebrochen werden, wenn es sich um größere Schädigungen der Bedarfsdeckung handelt.

Schwarzhandelsgeschäfte unterliegen der Umsatzsteuer, sofern sie nachhaltig zur Erzielung von Einnahmen getätigt werden. Private Tauschgeschäfte oder Einkünfte aus einmaligen Verkäufen — selbst wenn dabei hohe Summen vereinnahmt wurden — sind daher nicht umsatzsteuerpflichtig. „Sogenannte Otto-Reuter-Geschäfte (O. R. = ohne Rechnung) aber verstoßen immer gegen Handels- und Steuergesetze“, sagt der freundliche Herr lächelnd.

## Nur Tarnung

Im intimen Theater

Ich werde natürlich Berufung einlegen“, sagte Wilhelm Simpfendörfer, Württemberg-Badens ehemaliger CDU-Kultminister, zu seinem Sohn, als er gerade als MinCerbilasteter eingestuft worden war. Vergeblich versuchte der Sohn, seinen Vater mit dem Leib gegen die aufdringlichen Bildreporter zu schützen. 1000 RM muß er zahlen, verliert sein aktives und passives Wahlrecht und muß 6000 RM Prozeßkosten tragen. Als Schullehrer und Prediger soll er weiter tätig sein dürfen. Er wußte es schon vorher. Parteifreunde hatten nicht dicht gehalten.

Der Festsaal der Jahn-Schule in Stuttgart-Feuerbach war der erste Schauplatz der geistigen Klimmzüge Wilhelm Simpfendörfers. In einem Opelwagen war er damals vorgefahren und hatte neben seiner Familie die halbe Einwohnerschaft seines Heimatstädtchens Korntal mitgebracht. Dem Spruchkammervorsitzenden Dr. Walter Molt mißfiel die zur Schau getragene Solidarität der Korntaler mit ihrem Mitbürger offensichtlich. Er verbot den im Saal Anwesenden, die im Vorzimmer lauernden Zeugen über den Sitzungsverlauf zu orientieren.

Der öffentliche Kläger Erwin Stumpp, ein bescheiden aussehender Herr mit tag-